

»Das wäre das Aus für die Energiewende«

Runder Tisch kritisiert Forderungen des Regionalbündnisses

Kreis Paderborn (WV/ per). Wenn die Forderungen des Paderborner Regionalbündnisses »Windvernunft« in Düsseldorf Gehör finden, dann ist die Energiewende gescheitert. Das schreibt der Runde Tisch »Paderborner Land 100 Prozent erneuerbar« in einem offenen Brief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Die Unterzeichner – Jürgen Wrona, Katja Knies, Kerstin Haarmann, Frank Segin, Reinhard Menne, Edeltraud Weritz, Reinhard Korfmacher und Günther Bunte-Esders – werfen dem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen aus dem gesamten Kreisgebiet vor, wissenschaftliche Fakten zu ignorieren und mit polemischen Aussagen wie »Wir werden alle krank« Stimmung gegen Windenergie zu machen. Das Regionalbündnis Windvernunft fordert in einer Resolution, für Nordrhein-Westfalen die 15-fache Gesamthöhe einer Windenergieanlage als Mindestabstand zur Wohnbebauung festzulegen.

Der Runde Tisch gibt zu bedenken: »Bei üblichen Anlagenhöhen von 150 bis 200 Metern würden Freiflächen mit bis zu sechs Kilometern Durchmesser benötigt«, sollte die Forderung der Bürgerini-

tiativen zum Tragen kommen. Solche Flächen, die zudem für den Betrieb von Anlagen geeignet sein müssten, gebe es in Nordrhein-Westfalen fast nicht mehr. In diesem Zusammenhang verweisen die Windkraftbefürworter auf Bayern. So habe der Bundesverband Windenergie ermittelt, dass dort bei einem Mindestabstand der zehnfachen Anlagenhöhe nur 0,05 Prozent der Landesfläche für die Windenergie nutzbar wären. Das Ziel, den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung bis 2020 auf landesweit 15 Prozent mehr als zu verdreifachen, wäre unmöglich erreichbar, schlussfolgert der Runde Tisch.

Jürgen Wrona und seine Mitstreiter erklären, dass es für pauschale Abstandsregelungen immissionschutzrechtlich keine Rechtfertigung gebe. Sie fordern, Mindestabstände stattdessen aus den konkreten Gegebenheiten vor Ort zu entwickeln. Eine 15-fache Gesamthöhe als Mindestabstand festzulegen, wäre hingegen willkürlich, wäre das Aus für die Windenergie in NRW und hätte mit »Windvernunft« nichts zu tun. Der Runde Tisch wirft dem Regionalbündnis vor, gegen das Gemeinwohl zu handeln und sich mit seiner »absurden Abstandsforderung als To-

tengräber der Energiewende zu betätigen«.

Die von den Bürgerinitiativen ins Feld geführten Gesundheitsrisiken durch Infraschall, die von Windkraftanlagen ausgehen, weisen die Unterzeichner des offenen Briefes, der auch an Umweltminister Remmel und die Landtagsmitglieder adressiert ist, als wissenschaftlich unbegründet zurück. Zum einen würden Infraschallimmissionen im Genehmigungsverfahren ge-

prüft. Zum anderen verschweige das Regionalbündnis, dass jeder Mensch im Alltag – zum Beispiel beim Autofahren – deutlich höheren Infraschallbelastungen ausgesetzt sei als Anlieger von Windenergieanlagen. Untersuchungen belegten zudem, dass bereits bei einem Abstand von 600 Metern kein Unterschied mehr feststellbar sei, ob eine Anlage in Betrieb sei oder nicht.

Der Runde Tisch »Paderborner Land 100 Prozent erneuerbar« kommt zu dem Schluss, dass das Vorgehen des Regionalbündnisses Windvernunft fachlich nicht gerechtfertigt und zum Teil auch unlauter sei. So verweigerten dessen Vertreter eine argumentative Auseinandersetzung in der Debatte und begäben sich ins Fahrwasser so genannter Klimaskeptiker, die einen Zusammenhang zwischen anthropogenen Kohlendioxidemissionen und der Erderwärmung leugneten.



Jürgen Wrona

»Das Vorgehen des Bündnisses ist fachlich nicht gerechtfertigt und zum Teil unlauter.«

Jürgen Wrona